

Aufzeichnung des Referenten Oncken

202-03-11-210/53

8. Januar 1953

Betr.: Behandlung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in der Öffentlichkeit

Seit der Beendigung des westalliiert-sowjetischen Notenwechsels¹ und seit der zweiten Lesung des Deutschlandvertrages² im Bundestag wird die Wiedervereinigungsfrage in Westdeutschland auffallend wenig erörtert. Auch diejenigen Persönlichkeiten, die - wie etwa der Journalist Schütz³ oder der Abgeordnete Pfleiderer⁴ - seinerzeit durch ihre Stellungnahmen eine leidenschaftliche Erörterung der Deutschlandfrage eigentlich erst in Gang brachten, halten sich seit längerer Zeit zurück. Unter diesen Umständen ist grundsätzlich die Frage zu stellen, ob diese gedämpfte Behandlung des Wiedervereinigungsthemas auf westdeutscher Seite im Interesse der Bundesrepublik liegt.

Die unmittelbare politische Lösung der Wiedervereinigungsfrage durch Wahlen in Freiheit ist derzeit aus den bekannten Gründen nicht durchführbar. Eine Behandlung der Wiedervereinigungsfrage ist daher nur auf aufklärendem und agitatorischem Wege möglich. Bei den Auseinandersetzungen im Sommer und Herbst 1952 ist behauptet worden, daß bei der agitatorischen Behandlung der Deutschlandfrage die Initiative weitgehend bei den Kommunisten und ihren Mitläufern gelegen habe. Diese Behauptung taucht immer wieder auf und dient als Mittel im politischen Tageskampf. Hier zeigt sich, daß auch die agitatorische Behandlung der Deutschlandfrage eine erhebliche Bedeutung gewinnen kann - auch wenn sie äußerlich zunächst einen mehr akademischen Charakter zu tragen scheint: Sie erhält ihre eminente politische Bedeutung dort, wo sie der politischen Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Sowjetzone und vor allem in Westdeutschland (Wahlen!) dient.

Zweifellos besteht die Gefahr, daß eine Forcierung des Wiedervereinigungsgesprächs auf westdeutscher Seite in West- und Ostdeutschland politische Leidenschaften freimachen kann, die sich schwer kontrollieren lassen. Auf der anderen Seite würde eine zu vorsichtige Behandlung des Wiedervereinigungsthemas den Sowjets weiterhin die Möglichkeit geben, durch ihre mitunter sehr geschickt getarnte Wiedervereinigungspropaganda Verwirrung in der westdeutschen und sowjetzonalen Öffentlichkeit zu schaffen. Jedenfalls konnte die östliche Propaganda schon in den vergangenen Jahren durch Betonung gewisser Leit motive - Frieden, Einheit usw. - die Entwicklung des innerdeutschen Gesprächs über die Deutschlandfrage verhältnismäßig stark beeinflussen. Wenn auch über den rein taktischen Zweck dieser Anregungen kein Zweifel besteht und ein ernsthaftes Gespräch mit der Sowjetzonenregierung in der Wiedervereinigungsfrage nicht denkbar ist, so sind westdeutsche Kreise doch immer wieder gezwungen, schon mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit, für die die Wiedervereinigung aus gefühlsmäßigen Gründen das wichtigste Ziel ist, in irgendeiner Form auf die östlichen Versuchsballone einzugehen. Das wird auch in Zukunft der Fall sein, solange das Wiedervereinigungsgespräch für die Sowjets ein Hauptmittel ist, um die Integration der Bundesrepublik in Westeuropa zu verhindern. Da die Erörterung der Wiedervereinigungsfrage also unvermeidlich ist, muß die Frage auftauchen, ob die westdeutschen Kreise nicht ihrerseits stärker die Diskussion dieses Themas bestimmen sollen, d. h. die Kommunisten aus der Offensive in die Defensive drängen und ihnen durch geschickte Wahl der Stichworte und Themen das Feld der Auseinandersetzung diktieren, auf dem sie sich dann bei der Erörterung der Deutschlandfrage - zu ihrem Nachteil - bewegen müssen.

Eine planvolle Belebung des Gesprächs erscheint um so wünschenswerter, als eine zu große Zurückhaltung in der Wiedervereinigungsfrage gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt die Bemühungen der Bundesregierung um eine westeuropäische Integration erheblich gefährden könnte. Wenn sich in der westdeutschen Öffentlichkeit der Eindruck festsetzt, über der Integration Westeuropas werde das Ziel der Wiedervereinigung vernachlässigt, dann wird die Bundesregierung nicht unbedingt jene stimmungsmäßige Unterstützung in der Öffentlichkeit finden, derer sie bedarf, um ihre europäischen

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--	-------------------------	---

Ziele zu verwirklichen. Der Öffentlichkeit muß deshalb das Vertrauen vermittelt werden, daß die Bundesregierung auch mit Rücksicht auf die immer stärker werdende Abschließung der Sowjetzonenbevölkerung und ohne Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit eines Mißerfolges ihr Möglichstes für die Wiedervereinigung tut. Unter den gegenwärtigen Umständen kann das nach außen nur durch die Aktivierung des Gesprächs geschehen. Die Erörterung der Deutschlandfrage dient also zunächst nicht nur dem Fernziel der deutschen Einigung, sondern - was zur Zeit mehr ins Gewicht fallen dürfte - dem Nahziel einer innenpolitischen Entlastung der Bundesregierung für ihre europäische Politik. Die Dringlichkeit der Lösung der Integrationsfrage erfordert ebenso dringlich die Belebung des Wiedervereinigungsgesprächs auf westdeutscher Seite.

Es wird deshalb angeregt,

1) Richtlinien für eine regierungsseitig stärker beeinflusste Erörterung der Deutschlandfrage herauszuarbeiten;

2) innerhalb des AA eine besondere Stelle zu bestimmen bzw. zu bilden, die diese Richtlinien unter Berücksichtigung der engen Verflechtung der Wiedervereinigungsfrage mit den Grundfragen der deutschen Außenpolitik, insbesondere der Ostpolitik, entwickelt;

3) nach Feststellung der Richtlinien an das gesamtdeutsche Ministerium mit der Anregung heranzutreten, im Rahmen der Richtlinien auf eine Belebung der Agitation in der Wiedervereinigungsfrage baldmöglichst hinzuwirken.

Hiermit über Herrn Dr. von Trützschler⁵ Herrn MD Blankenhorn⁶ mit der Bitte um Weisung vorgelegt.

Oncken

B 10 (Abteilung) 2, Bd. 209

¹Am 10. März 1952 schlug die UdSSR den Drei Mächten vor, unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu führen, und übermittelte einen Vertragsentwurf. Danach sollte Deutschland „als einheitlicher Staat wiederhergestellt“ werden in den Grenzen, „die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt“ wurden. Es sollte sich verpflichten, „keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat“, aber über „eigene nationale Streitkräfte“ verfügen können. In dem folgenden Notenwechsel bestanden Großbritannien, Frankreich und die USA auf international kontrollierten, freien gesamtdeutschen Wahlen als Voraussetzung für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, welche die Freiheit besitzen müsse, über die Bündnispolitik, einen Friedensvertrag und die Regelung von Grenzfragen zu entscheiden. Zwar erklärte sich die UdSSR am 9. April 1952 bereit, die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen zu erörtern, die von den Drei Mächten geforderte internationale Kontrolle von Wahlen durch eine Kommission der UNO lehnte sie jedoch ab; statt dessen favorisierte sie die Überprüfung durch einen Ausschuß der Vier Mächte unter Hinzuziehung von Vertretern der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut der sowjetischen Noten vom 10. März, 9. April, 24. Mai und 23. August 1952 vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4832 f., S. 4866 f. und S. 4985-4987 sowie Europa-Archiv 1952, Bd. 2, S. 5180-5182. Für den Wortlaut der Antwortnoten der Drei Mächte vom 25. März, 13. Mai, 10. Juli und 23. September 1952 vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4833 f. und S. 4963-4965 sowie EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 2, S. 5093 f. und S. 5207 f.

²Die zweite Lesung über das Zustimmungsgesetz zum Generalvertrag vom 26. Mai 1952 fand vom 3. bis 5. Dezember 1952 statt.

³Der Politische Berater im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen veröffentlichte im Jahr 1952 das Buch „Deutschland am Rande zweier Welten“. Darin führte Schütz u. a. aus: „Die Wiedervereinigung wird erleichtert, wenn Deutschland zwar sein Scherflein zur Verteidigung Europas in einem rein defensiven Sinne beiträgt, aber Sonderabmachungen mit den Signatarmächten des Atlantikpakts und der europäischen Verteidigungsgemeinschaft für die Wiedervereinigung trifft. Diese Sonderabmachungen müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß die westliche Politik darauf abzielen muß, dem Osten sein Interesse an der Freigabe der Zone zum Bewußtsein zu bringen. Dieses Interesse muß dadurch gefördert werden, daß die Sowjetzone zwar einem gesamtdeutschen Staatsverband zurückgegeben würde, daß dann aber militärisch höchstens europäische Kontingente deutscher Nation, nicht aber die geballte Macht des Atlantikpakts auf deutschem Boden stehen würde. Deutschland muß also auf einer Einschränkung und Abgrenzung des Atlantikpakts und der europäischen Verteidigungsgemeinschaft für den Fall der Wiedervereinigung mit der Sowjetzone bestehen. Darüber hinaus muß die deutsche Außenpolitik sich überhaupt die Frage stellen, inwieweit die Form der europäischen Zusammenarbeit dem Ziele der Wiedervereinigung angepaßt werden müßte. [...] Europa, das ist noch immer eine im Werden begriffene Einheit. Jeder Staat paßt seine Europakonzeption seinen Nationalinteressen an. Das gleiche muß Deutschland tun. Für Deutschland gibt es kein Europa ohne deutsche Einheit in Freiheit, und keine Einheit in Freiheit ohne Verankerung in Europa. Aber die Form dieser Zusammenarbeit muß Gegenstand der Politik bleiben. Politisch wird

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--	-------------------------	---

Deutschland stets zum Westen gehören. Das schließt nicht aus, daß es militärisch darauf achtet, daß dem defensiven Interesse Rußlands Rechnung getragen wird, falls Rußland sich wirklich von deutschem Gebiet zurückzieht." Vgl. SCHÜTZ, Deutschland, S. 100 f.

⁴Am 6. Juni 1952 führte der FDP-Abgeordnete Pfeleiderer in einer Rede in Waiblingen aus, daß eine Vereinigung Deutschlands ohne Berücksichtigung des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses unmöglich sei: „Nun, wir sollten den Gedanken an die Wahlen gewiß nicht preisgeben, denn sie sind nötig und müssen kommen. Wir sollten aber den Gedanken an die Wahlen zurückstellen und klar und unverblümt von dem Hauptziel unserer Politik ausgehen, von der Räumung der Sowjetzone durch die Russen und von der Liquidierung des dortigen Systems. Und wenn wir dies tun, dann lautet die Frage einfach so: Was kostet dies, wie hoch ist politisch der Preis?“, mit anderen Worten: Wie soll das Staatensystem zwischen Ost und West ausgewogen werden, in dessen Mitte das freie und vereinte Deutschland einzutreten hätte? [...]. Ich würde glauben, daß, wenn die unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete Deutschlands von der Sowjetmacht besetzt bleiben, die westlichen Alliierten mit gutem Grund entsprechende Teile Westdeutschlands besetzt halten sollten. Beide Parteien könnten ihre Stellungen durch Brückenköpfe befestigen und sichern. Zwischen diesen besetzten Teilen Deutschlands würde ein dritter, der größte Teil liegen, der mit nationalen Streitkräften von festgelegter Stärke zu versehen wäre. Hier auch würde die wahre Hauptstadt Deutschlands liegen, von fremder Besetzung frei. Kein Deutscher würde die Oder-Neiße-Linie endgültig anerkennen, jeder Deutsche würde aber anerkennen, daß in dieser Frage Gewalt nicht gewandt werden darf. Daß Deutschland im Westen ohne politische Rückendeckung gelassen, das heißt, ohne Schutz und Hilfe dem riesigen Sowjetstaat und seinen hochgerüsteten, in Deutschenhaß erzogenen Satelliten gegenübergestellt würde, dies könnte kein politisch Denkender als tragbar betrachten. Aber sicher fänden es Deutsche gerecht und billig, wenn der unbesetzte Teil ihres Gebietes nicht dem Aufmarsch fremder Truppen dienen dürfte.“ vgl. PFLEIDERER, Po,95-97. Pfeleiderer vertiefte den bereits in der Waiblinger Rede geäußerten Gedanken einer „ausgleichenden politischen Mitte“ in der Denkschrift „Vertragswerk und Ostpolitik“ vom September 1952. Für den Wortlaut vgl. PFLEIDERER, Politik, S. 100-123.

⁵Hat Legationsrat I. Klasse Trützscher von Falkenstein am 8. Januar 1953 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich schlage vor, Herrn Oncken zu bitten, seine Gedanken - nach Fühlungnahme mit III - zu konkretisieren; in dieser generellen Form scheint mir ein Schritt schwer möglich.“

⁶Hat Ministerialdirektor Blankenhorn vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Böker am 10. Januar 1953 vorgelegen, der handschriftlich für Referent Oncken vermerkte: „Herr MD Blankenhorn bittet Sie, diesen Plan zunächst mit H[errn] v[on] Ekkardt bzw. den zuständigen Mitarbeitern von StS Lenz durchzusprechen u[nd] dann einen präzisierten Vorschlag einzureichen.“

Hat Oncken erneut am 13. Januar 1953 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Rücksprache mit Dr. v[on] Trützscher am 12.1. soll

zunächst Fühlungnahme mit StS Dr. Lenz angestrebt werden. Dann Ab[teilung] III weiter.“

Am 15. Januar 1953 fand eine Besprechung zwischen Oncken und Ministerialrat Türk, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, statt. Erörtert wurde die Bildung eines interministeriellen Koordinierungsausschusses zur Behandlung von Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Oncken vom 27. Januar 1953; B 10 (Abteilung 2), Bd. 209. Dazu vermerkte Oncken am 19. Februar 1953: „Herr Staatssekretär Thedieck hat sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt und regt an, daß das Auswärtige Amt an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen mit dem Vorschlag herantritt, die Bildung eines solchen Arbeitsausschusses der politischen Ressorts vorzubereiten.“ Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 209. Mit Schreiben vom 19. März 1953 schlug Blankenhorn Bundesminister Kaiser die Bildung eines interministeriellen Ausschusses vor, „der nicht nur bei akuten Anlässen, sondern laufend zusammenzutreten hätte, um die Wiedervereinigungsfrage unter ihren verschiedenen Gesichtspunkten zu erörtern. Gegebenenfalls hätte dieser Ausschuß auch konkrete, der politischen Lage entsprechende Vorschläge zur Behandlung der Wiedervereinigungsfrage auszuarbeiten. [...] Für eine Teilnahme würden demnach neben dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und dem Auswärtigen Amt das Bundesinnenministerium, das Bundesvertriebenenministerium, das Bundeskanzleramt und evtl. auch das Bundespresseamt in Frage kommen. Bei einem so beschränkten Teilnehmerkreis wäre der Charakter des Ausschusses als eines reinen Arbeitsausschusses gewährleistet.“ Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 209.

[Quelle: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, Band I, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2001, Dok. Nr. 10]

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--	-------------------------	---